

Kaffeebecher

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der ein Pfandsystem für Einwegbecher einführen soll. Die Maßnahme soll dazu beitragen, benutzte Becher dem Recycling zuzuführen sowie die unbedachte Nutzung von Einwegbechern und somit das Müllaufkommen in Deutschland zu reduzieren.

Rechtslage

Abfallvermeidung und Recycling gewinnen sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene zunehmend an Bedeutung. In den vergangenen Jahren wurden an verschiedenen Stellen Pfandsysteme oder Gebühren eingeführt.

Ein bekanntes Beispiel für Pfandsysteme ist die Einführung des Einwegpfands in Deutschland 2003. Für Dosen und Einwegflaschen mit Bier, Biermischgetränken, Mineral- und Tafelwässern sowie Erfrischungsgetränken beträgt das Pfand heute 25 Cent. (Das Pfand für Mehrwegflaschen wird nicht gesetzlich, sondern vom Abfüller bestimmt und beträgt in der Regel 8 oder 15 Cent.)

Ein bekanntes Beispiel für ein Gebührensystem ist die freiwillige Selbstverpflichtung bei Plastiktüten. Um gemäß einer Richtlinie der EU die Zahl der Kunststofftragetaschen zu verringern, verpflichtete sich der Handelsverband Deutschland, Plastiktüten künftig nur noch gegen ein Entgelt abzugeben.

Eine Regelung zur Abgabe von Einwegbechern gibt es bisher nicht.

Die Diskussion über die Nutzung von Einwegbechern

Unterwegs stets einen Becher mit einem Heißgetränk dabei haben zu können, wird heutzutage als selbstverständlich angesehen. In unserer modernen Gesellschaft haben sich die Menschen mit ihren eng getakteten Terminkalendern so an die Coffe-to-go-Becher gewöhnt, dass deren Folgen für die Umwelt erst allmählich hinterfragt werden.

Schätzungen zufolge werden in Deutschland jährlich 2,8 Milliarden Einwegbecher verbraucht. Die Becher bestehen in der Regel aus Pappe mit einer Kunststoffbeschichtung. Da sich die Papierfasern im Recyclingprozess nur schwer von der Kunststoffbeschichtung lösen lassen, werden die Becher überwiegend als Reststoffe verbrannt. Zahlreiche Umweltorganisationen halten die Becher daher für umweltschädlich, auch weil sie häufig achtlos weggeworfen werden. Darüber hinaus beansprucht die Produktion der Becher viele Ressourcen wie Holz und Wasser. Initiativen, die die Nutzung von Mehrwegbechern bewerben oder lokale Pfandsysteme einführen, haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Dies zeigt, dass die Sensibilität für das Thema in der Bevölkerung allmählich zunimmt.

Gegnerinnen und Gegner einer Regelung für Einwegbecher argumentieren, dass durch ein Pfand oder eine Abgabe lediglich der Preis der Getränke teurer, der Verbrauch aber nicht zurückgehen würde. Die Maßnahme sei nicht nachhaltig, sondern bestrafe die Wirtschaft auf der einen Seite sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher auf der anderen Seite.

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Pfandsystems für Einwegbecher

§ 1

- (1) Die kostenfreie Abgabe von Einwegbechern ist verboten.
- (2) Verkaufsstellen, die Getränke in Einwegbechern anbieten, sind verpflichtet, ein Pfand in Höhe von 25 ct pro Becher zu erheben.
- (3) Verkaufsstellen, die Getränke in Einwegbechern anbieten, sind verpflichtet, benutzte Einwegbecher zurückzunehmen und das entsprechende Pfand von 25 Cent auszusahlen.

Grundlegende Ansichten der BP

"Bewährtes bewahren" - so lautet das Leitmotiv der Bewahrungspartei (BP). Sie möchte den Fortschritt so gestalten, dass wesentliche Ziele wie stabile Familien, gesellschaftlicher Zusammenhalt, dauerhafter Wohlstand, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Chance auf ein erfülltes Leben nicht aus dem Blick geraten.

Alle Menschen sind nach Überzeugung der Bewahrungspartei gleichberechtigt, jedoch keinesfalls gleich. Der Staat soll deshalb einen Rahmen schaffen, der gleiche Ausgangsbedingungen sichert, aber die Möglichkeit zur individuellen Entfaltung bietet.

Positionen der BP zum Pfand auf Einwegbecher

Die BP sieht ein Pfand auf Becher zum Mitnehmen sehr kritisch.

- Der BP ist Umweltschutz wichtig. Eine Verschmutzung durch hohes Müllaufkommen ist in niemandes Interesse. Allerdings müssen Maßnahmen für mehr Umweltschutz sinnvoll und verhältnismäßig sein. Becher stellen in Deutschland sicherlich nicht die wichtigste Ursache für Umweltverschmutzung dar. Deutschland hat bereits ein effizientes Mülltrennungssystem und als eines der wenigen europäischen Länder ein Flaschen-Pfandsystem.
- Kleinteilige Maßnahmen wie ein Pfandsystem für Einwegbecher schaffen unnötigen Aufwand für die Wirtschaft sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher. Die BP fürchtet durch eine derartige Vorschrift die Tür zu öffnen für eine Reihe unterschiedlicher Regelungen für Verpackungen. Als nächstes könnten ein Pfand auf Pizzakartons oder Gebühren auf Sandwichtüten folgen.
- Ein Pfand verteuert zunächst den Kaffeeverkauf und führt dazu, dass weniger Kaffee konsumiert wird. Dies schadet sowohl den Verkaufsstellen, die Kaffee zum Mitnehmen anbieten als auch den Unternehmen, die Kaffee produzieren. Dieses Problem betrifft vor allem Kaffee, aber auch andere Heißgetränke wie auch Kaltgetränke.
- Umweltschutz funktioniert nur in Zusammenarbeit mit den Unternehmen. Ein gutes Beispiel für einen gemeinsamen Weg ist die Selbstverpflichtung zur Erhebung von Gebühren auf Kunststofftragetaschen, der sich die Unternehmen freiwillig anschließen konnten.
- Ein Pfand auf Einwegbecher schränkt die Verbraucherinnen und Verbraucher zu stark ein. Kaffee ist das beliebteste Getränk der Deutschen; im Jahr 2016 lag der Konsum bei 162 Liter Kaffee pro Kopf. Es sollte möglich sein, sich spontan einen Kaffee zu kaufen, ohne sich Gedanken darüber zu machen, wo der Becher aufgehoben und wie er wieder in das Geschäft zurückgebracht wird.

Die Strategie der BP bei diesem Gesetzentwurf

Die BP sieht sich als Volkspartei, die die Interessen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, aber auch der Wirtschaft berücksichtigt. Sie legt die Schwächen der Argumentation der Regierungsparteien schonungslos offen und zeigt der interessierten Öffentlichkeit durch ihre Arbeit, dass sie besser in der Lage wäre, das Land zu führen.

Grundlegende Ansichten der GP

Die Gerechtigkeitspartei (GP) möchte allen Menschen zu ihrem Recht auf ein erfülltes und auskömmliches Leben verhelfen. Sie sieht die Gesellschaft als ein solidarisches System, in dem die Stärkeren auch für die Schwächeren eintreten.

Wo der Markt und die Gesellschaft nicht für Gerechtigkeit sorgen können, muss der Staat durch gesetzliche Regelungen gleiche Chancen für alle Menschen schaffen. Eine wesentliche Voraussetzung für echte Gleichberechtigung ist dabei die Integration aller Bürgerinnen und Bürger in den Arbeitsmarkt und damit die Gesellschaft.

Positionen der GP zum Pfand auf Einwegbecher

Die GP steht den Gesetzentwurf sehr positiv gegenüber.

- Die Nutzung von Einwegbechern hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Inzwischen stellen sie eine ernstzunehmende Ursache für Umweltverschmutzung dar.
- Ein Pfandsystem erhöht den Anreiz, die Becher zurückzubringen. Diese werden dann auf einem gesicherten Weg dem Recycling zugeführt. Das Pfand auf Einwegflaschen und Dosen hat bereits gezeigt, wie erfolgreich eine solche Maßnahme sein kann.
- Ein Pfandsystem ist fair. Niemand muss für den Konsum von Kaffee mehr bezahlen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher erhalten das Geld für den Becher zurück. Dies ist gerade für weniger privilegierte Menschen wichtig.
- Ein Pfandsystem schädigt die Wirtschaft nicht. Weil ein Pfand keine Extrakosten aufwirft, wird sich der Konsum nicht verringern. Die Verkäuferinnen und Verkäufer von Kaffee und anderen Getränken müssen daher keine Gewinneinbußen befürchten.
- Ein Pfandsystem kann die Verbraucherinnen und Verbraucher zudem für den Umgang mit Einwegbechern sensibilisieren und zu alternativen Maßnahmen wie Mehrwegbechern motivieren.

Die Strategie der GP bei diesem Gesetzentwurf

Bei dem vorliegenden Thema handelt es sich um einen Gesetzesentwurf der Bundesregierung, an dem auch die GP beteiligt war. Um stabil regieren zu können und ein gutes Außenbild abzugeben, ist die GP auf eine gute Zusammenarbeit mit ihrem Koalitionspartner der PEV angewiesen. Dafür sind häufig auch Kompromisse notwendig.

Grundlegende Ansichten der PEV

Die Partei für Engagement und Verantwortung (PEV) sieht ihre Wurzeln in allen Demokratiebewegungen, die seit mehr als zwei Jahrhunderten danach streben, politische Verantwortung in die eigenen Hände zu nehmen. Der Staat soll nach Ansicht der PEV nicht bevormunden, sondern dienen. Er muss die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Vielfalt ernst nehmen und gleiche Rechte für unterschiedliche Menschen sichern. Der Wirtschaft muss er einen verlässlichen Rahmen vorgeben, der eigene Entscheidungen ermöglicht, fördert und belohnt.

Positionen der PEV zum Pfand auf Einwegbecher

Die PEV steht dem Gesetz grundsätzlich positiv gegenüber, kann sich aber Verbesserungen vorstellen.

- Die Maßnahme leistet einen wichtigen Beitrag, um die unbedachte Entsorgung von Einwegbechern zu reduzieren und diese einem gesicherten Recycling zuzuführen.
- Um wirklich wirksam zu sein, sollte das Pfand keinesfalls geringer sein. Andernfalls ist der Anreiz zur Rückgabe zu gering.
- Noch sinnvoller als ein Pfandsystem findet die PEV eine verpflichtende Gebühr auf Einwegbecher. Denn durch ein Pfandsystem würde der Becherverbrauch nur begrenzt zurückgehen. Eine Gebühr dagegen hätte eine abschreckende Wirkung und würde dazu anregen, über mögliche Alternativen wie Mehrwegbecher nachzudenken.
- Engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie innovative Unternehmen haben in den vergangenen Jahren eigenständig Initiativen gestartet wie lokale Pfandsysteme, die Entwicklung abbaubarer Kaffeebecher oder Rabatte für Personen, die ihren eigenen Becher mitbringen. Ein Pfand- oder Gebührensystem würde solchen Initiativen und weiteren kreativen Ansätzen zur Müllreduzierung Aufwind verschaffen.
- Negative Folgen für die Verbraucherinnen und Verbraucher sieht die PEV nicht. Ein Großteil der Bevölkerung befürwortet den Umweltschutz. Der PEV liegt es fern, die Bürgerinnen und Bürger zu bevormunden. Da es ausreichend Alternativen gibt, schränkt die Maßnahme nicht die Freiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher ein, sondern fördert lediglich das Verantwortungsbewusstsein.

Die Strategie der PEV bei diesem Gesetzentwurf

Bei dem vorliegenden Thema handelt es sich um einen Gesetzesentwurf der Bundesregierung, an dem auch die PEV beteiligt war. Als kleiner Koalitionspartner sollten Sie einerseits Einigkeit mit der GP zeigen, andererseits aber auch mit Ihren spezifischen Anliegen und Interessen wahrgenommen werden.